

Afrikanische Staatsführer haben immer wieder die „Regionalisierung“ der katholischen Kirche durch die Bistümer und der evangelischen Kirchen durch ihre autonomen Kirchenkreise beanstandet. Diesem Druck ist es wohl zuzuschreiben, daß in den meisten afrikanischen Ländern der evangelische Christenrat (Föderation der evangelischen Kirchen) eine sehr große Rolle spielt und daß die Zentralsekretariate der einzelnen Bischofskonferenzen stark ausgebaut sind. In der Zerstrittenheit der anglikanischen Kirche Ugandas, die weitgehend tribal bedingt war, griff Staatspräsident Amin persönlich ein: Er verhängte über die in Kampala tagende anglikanische Synode „Hausarrest“, bis die Einheit der anglikanischen Kirche wiederhergestellt sei. Der Druck des Generals hatte den gewünschten Erfolg (vgl. *Target* [Nairobi], Januar 1972).

Auch in Zukunft wird die besondere Aufgabe der Kirche darin bestehen, Ferment der Einigkeit in den stammesmäßig gespaltenen Ländern Afrikas zu sein. Die Kirche Christi ist ja überstämmisch und überraschend (vgl. Kol 3, 11–12; Eph 2–4); sie ist Instrument der Versöhnung zwischen einzelnen und Gruppen von Menschen (vgl. *J. Schmitz*, *Die Weltzuwendung Gottes. Thesen zu einer Theologie der Mission*, Stein-Nürnberg/Freiburg i. Ue. 1971). Der „Nächste“ des Christen ist nicht mehr der Familien- oder Stammesangehörige, sondern gerade jener „Fernste“, dem man sich weder durch die Bande des Blutes noch durch Gruppeninteressen verbunden fühlt. Dieser christlichen Botschaft und Praxis kommt heute in den Ländern Afrikas eine entscheidende stammesverbindende Funktion zu.

Jeder Stadtpfarrer in Afrika kann dies bestätigen. Die christliche Gemeinde wird dort zum „neuen Stamm“ bzw. zu einer Gruppe, die den tribal und sprachlich heterogen zusammengesetzten Gemeindegliedern eine neue geistige und soziale Heimat bietet. Der beste Beweis dafür sind die zahlreichen *Selbsthilfeorganisationen*, die auf Gemeindeebene gewachsen sind und die — wie etwa im Fall der Begräbnisvereinigungen — bis in die tiefsten Wurzeln des Stammesbewußtseins hineinreichen. Zur Zeit akuter tribaler Spannungen war die Kirche oftmals die einzige gesellschaftliche Institution, in der die tribale Scheidung

nicht stattfand, sondern in der sich Angehörige verfeindeter Stammesgruppen weiterhin — wenigstens zum Gottesdienst — zusammenfanden. Bei der politischen Niederlage der Losi (1967) und der Parteirevolte der Bemba (1971) im tribalistisch zerklüfteten Sambia erwies sich die Kirche als wirksames Instrument der Versöhnung. Neben dem persönlichen Engagement Staatspräsident Kaundas trugen sie Wesentliches dazu bei, daß das politische Gefüge Sambias nicht zerbrach.

Nationale und regionale Bischofskonferenzen und evangelische Christenräte haben immer wieder versucht, in Konfliktsituationen zu vermitteln, so etwa zur Zeit der Sezessionsbewegungen in Katanga und Biafra. Doch war ihnen wenig Erfolg beschieden. Wichtiger war jedoch ihre stammesversöhnende Rolle *nach* der (gewaltsamen) Lösung dieser Konflikte. Die Bemühungen der Kirchen Nigeriens um die geistige Aussöhnung zwischen Ibos und Vertretern der übrigen Regionen Nigeriens dürfte zu den schönsten Kapiteln in der Geschichte der nigerianischen Kirche gehören.

Schließlich muß noch auf die erfolgreiche Vermittlertätigkeit des Ökumenischen Rates der Kirchen und des „All Africa Council of Churches“ im Sudankonflikt hingewiesen werden (vgl. HK, April 1972, 166). Einigen Vertretern der Genfer Zentrale des ÖRK und der gesamtafrikanischen Organisation evangelischer Kirchen (AACC) gelang es, zwischen den Führern der aufständischen Anya-Nya-Bewegung im Südsudan und der Regierung in Khartum Kontakte herzustellen, die Ende Februar 1972 zum offiziellen Treffen von Vizepräsident Abel El Eir aus Khartum und General Lagos Delegiertem Ezbon Monderi aus dem Südsudan führten und den 16jährigen Krieg beendeten. Nachdem vier Vertreter des ÖRK und der Zentrale des „All Africa Council of Churches“ als offizielle Zeugen das vorläufige Abkommen zwischen der Regierung in Khartum und der Südsudanesischen Befreiungsbewegung unterzeichnet hatten, sagte Kaiser Haile Selassie: „Wir ehren („salute“) die Kirchen in dieser erhabenen Stunde. Sie verkörpern die beste Tradition der christlichen Kirche: die Suche nach Frieden und die Förderung brüderlicher Beziehungen zwischen Mitmenschen“ (*Africa*, London, Mai 1972, 58).

## *Themen und Meinungen im Blickpunkt*

**Theodor Dams**

### **Vom Fetisch „Wirtschaftswachstum“ zur Utopie „Qualität des Lebens“?**

#### **Vorschläge und Programme zur Überwindung der Umweltkrise**

Im ersten Vierteljahrhundert nach Ende des Zweiten Weltkrieges tanzte West und Ost in gleicher Weise um das „Goldene Kalb“ hoher Wachstumsraten. Das *quantitative* Wirtschaftswachstum war bei nationalstaatlichen Zielen und internationalen Vergleichen *die* entscheidende Maßgröße für technischen Fortschritt und wirtschaftlichen Erfolg; die Zunahme des Sozialprodukts, der Ausbau der

Produktionskapazitäten und die Erhöhung des Versorgungsniveaus der Bevölkerung mit Konsumgütern boten sich als Ansatzpunkte für eine solche Orientierung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik an. — Was lag näher, als daß die Entwicklungsländer — angesichts der Unterversorgung und Armut breiter Bevölkerungsschichten — ihre Entwicklungsplanung auf die Zielgröße „Wirt-

schaftswachstum“ einseitig ausrichteten; sie wurden darin nachhaltig von der „UN-Familie“ unterstützt, wie die „Internationale Entwicklungsstrategie für das Zweite Entwicklungsjahrzehnt“ 1970—1980 zeigt<sup>1</sup>.

## Die Problemstellung

Das soll nun anders werden. Die Politiker glauben, eine grundlegende Änderung im Wertesystem unserer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen zu müssen; denn die einzige Ausrichtung auf die ökonomische Größe „Wirtschaftswachstum“ ist so offensichtlich mit Schäden für die Gesamtgesellschaft verbunden, daß die „Qualität des Lebens“ heute — und erst recht in wenigen Jahrzehnten — im Sinne der Gleichsetzung mit den herkömmlichen Normen des „Gemeinwohls“ ernstlich gefährdet erscheint. Die Divergenz zwischen *privatwirtschaftlichen* Entscheidungen und *gesamtgemeinschaftlichen* Erfordernissen ist nicht nur in den westlichen Industriestaaten sichtbar; sie gilt auch für die Länder der Dritten Welt. Das Problem beschränkt sich auch nicht auf die Staaten mit marktwirtschaftlicher Ordnung; auch sozialistische Systeme sind damit konfrontiert. Kurz gesagt: Es handelt sich um eine „weltumspannende“ Fragestellung, und sie kann nur in Abstimmung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, zwischen „West und Ost“ gelöst werden. Daher ist verständlich, daß neben nationalstaatlichen Erörterungen internationale Diskussionen diesen Sachverhalt zum Problem erheben.

In jüngster Zeit sind einige Buchveröffentlichungen und Untersuchungsergebnisse vorgelegt worden, die mit aller Eindringlichkeit auf diese Bedrohung der Menschheit hinweisen. Die nationalstaatliche und internationale Wirtschaftspolitik (so etwa die UN-Konferenz in Stockholm im Juni 1972, das Gemeinschaftsprogramm für den Umweltschutz der Kommission der Europäischen Gemeinschaften vom März dieses Jahres und der Maßnahmenkatalog der Bundesregierung) haben erstaunlich schnell auf diese Analysen mit Konzepten und Vorschlägen geantwortet. — Es ist die Aufgabe der folgenden Ausführungen, die Ergebnisse der Diagnosen kurzgefaßt darzustellen und die Therapie der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik kritisch zu würdigen.

## Die doppelte Problematik

In den Überlegungen, wirtschaftliches Wachstum und Verbesserung der Lebensverhältnisse miteinander zu verbinden, um mehr „Qualität des Lebens“ zu erreichen, zeichnen sich insbesondere zwei Problemkreise ab:

a) Die Sicherung einer „lebenswürdigen“ Wirtschaft und Gesellschaft wird in den nächsten Jahrzehnten, vor allem durch die rapide Bevölkerungsentwicklung in Ländern der Dritten Welt, bedroht.

b) Die „Rechenhaftigkeit“ der Wirtschaftssysteme ist höchst unvollkommen, weil Warenpreise und „gesellschaftliche“ Kosten oft weit auseinander liegen sowie die Versorgung der Bevölkerung mit Kollektivgütern und Infrastruktur unzureichend ist.

In dem jüngst erschienenen Buch von *Dennis L. Meadows*<sup>2</sup> wird dieser Zusammenhang zwischen den beiden Teilproblemen in der Weise verknüpft, daß *Unterentwicklung* in den Ländern der Dritten Welt (mit der Folge der Bevölkerungsexplosion) und *Überentwicklung* in den Indu-

striestaaten (soziale Kosten durch Umweltverschmutzung) in gleicher Weise als Bedrohungsfaktoren der Menschheit auftreten.

## Die Thesen von Paul und Anna Ehrlich

Einer der „ersten Rufer“, der mit neuartigen Argumenten im letzten Jahrzehnt auf die Bedrohung des Zusammenlebens in der Welt durch die zu starke Bevölkerungsentwicklung verwies, war der nordamerikanische Naturwissenschaftler und Populationsbiologe *Paul R. Ehrlich*<sup>3</sup>. Im Frühjahr 1968 prägte er den in der heutigen Diskussion um die „Qualität des Lebens“ immer wieder verwendeten Ausdruck: „Das Raumschiff Erde ist überfüllt.“ Mit dieser Aussage verband er die düstere Prognose — wie 170 Jahre vor ihm der englische Pfarrer und Ökonom *Thomas Robert Malthus*<sup>4</sup> —, daß Hungersnöte diese Welt heimsuchen und das Zusammenleben der Menschheit ernstlich gefährden würden; die Katastrophe komme dabei in diesem Jahrzehnt unausweichlich auf uns zu.

Im Jahre 1970 hat Paul R. Ehrlich mit seiner Frau diese Gedankengänge zu einer umfassenden Buchveröffentlichung über „Bevölkerungswachstum und Umweltkrise“<sup>5</sup> ausgebaut; diese „Krise“ bedeutet, daß Bevölkerungsentwicklung und Wirtschaftswachstum in unmittelbarer Zukunft an Grenzen der „Tragfähigkeit“ des Erdballs stoßen, weil „jene ökologischen Systeme, von denen im Grunde die Existenz (der Menschheit) abhängt, durch deren Tätigkeit“ zerstört werden; unter Ökosystem verstehen die Autoren eine „Einheit . . . von funktionellen Beziehungen unter den Organismen (Pflanzen, Tiere und Mikroorganismen) einerseits und ihrer materiellen Umwelt (Biotop) andererseits (5, S. 206)\*. Und in diese „Kreisläufe und Gesetzmäßigkeiten der Natur“ kann (die Menschheit) nicht ungestraft eingreifen<sup>6</sup>. — Worin sehen die beiden Autoren, die von Angehörigen der Forschungsgruppe für Bevölkerungsbiologie der Stanford Universität sowie von zahlreichen Wissenschaftlern unterstützt wurden, die größten Gefährdungen der Ökosysteme?

a) *Bevölkerungszunahme*. Nach den UN-Berechnungen werden um die Jahrtausendwende — je nach den Annahmen — zwischen 5,5 und 7,0 Mrd. Menschen leben (1969: 3,5 Mrd.). Diese Prognosen gehen sogar davon aus, daß die in manchen Teilen der Welt hohe Geburtenrate abnimmt; würde mit gleichbleibenden Fruchtbarkeitsraten gerechnet werden, läge die Weltbevölkerung im Jahre 2000 bei rund 7,5 Mrd. — Diese globalen Zahlen bedürfen hinsichtlich ihrer „Umweltgefährdung“ einer mehrfachen Differenzierung: Die Verdoppelungszeit der Weltbevölkerung liegt bei 35 Jahren und wird immer kürzer; auf die Entwicklungsländer entfallen (bei den Zahlen der mittleren Vorhersage) absolut 2,3 Mrd. oder 85 v. H. der Gesamtzunahme der Weltbevölkerung; die Altersstruktur wird sich je nach der Geburten- und Sterblichkeitsziffer erheblich verändern, wobei in Entwicklungsländern zwischen 40 und 50 v. H. der Menschen der Altersgruppe bis zu 15 Jahren zuzurechnen ist, was einer starken Belastung der Gesamtwirtschaft entspricht; die Bevölkerungszunahme ist von starken Wanderungen in die Städte begleitet. Dieser Urbanisierungsprozeß würde bewirken, daß — bei heutiger Wanderungssalden — im Jahre 2023 alle Men-

\* Die erste Zahl in der Klammer verweist auf die entsprechende Fußnote am Schluß des Artikels. Die zweite gibt die dazugehörige Seitenzahl an.

schen in Städten leben und die Hälfte sogar in Millionenstädten „vegetieren“ müßten (5, S. 62).

b) *Tragfähigkeitsgrenzen der Erde.* Überall werden die „Grenzen des Erdballs“ sichtbar; „Produktion und Verbrauch von Energie“ sind von schweren ökologischen Einbußen begleitet (5, S. 70); die Vorräte an Rohstoffen und „unersetzlichen Naturvorräten“ nehmen absolut und insbesondere relativ — bei starker Bevölkerungszunahme — erheblich ab, was insbesondere zu Lasten des Wirtschaftswachstums der Entwicklungsländer geht; die Wasservorräte werden überbeansprucht, weil mehr Süßwasser in den Industriestaaten entnommen wird, als der natürliche „Zyklus den zugänglichen Reservoiren wieder zugeführt“ hat (5, S. 84); die Deckung des (quantitativen und qualitativen) Bedarfs der steigenden Weltbevölkerung an Nahrungsmitteln ist kaum zu verwirklichen, so daß die Welt „auf das Schlimmste gefaßt“ sein sollte (5, S. 152).

c) *Die Verschmutzung der Umwelt.* Das Ungleichgewicht zwischen Bevölkerungszahl und Raum führt zu einer stetig zunehmenden Belastung der Umwelt: Die Luftverschmutzung nimmt in den Ballungsgebieten bedrohliche Ausmaße an; Produktion und Konsum führen in der „modernen“ Gesellschaft zu einer bedenklichen Verunreinigung des Wassers; moderne Pflanzenschutz- und Konservierungsmittel gefährden Gesundheit der Menschen und zerstören den Naturhaushalt; die Industriegesellschaft produziert ungeheure Mengen fester Abfallstoffe, deren Beseitigung ernste Probleme aufwirft; sie erzeugt mit den modernen Verkehrsträgern und in den großstädtischen Agglomerationen Lärmbelastungen, die ernst zu nehmende Gesundheitsschäden nach sich ziehen. So betrachtet, tut die Menschheit eigentlich alles, einerseits hinsichtlich der ihr verfügbaren Produktivkräfte über ihre Verhältnisse zu leben; andererseits nutzt sie unbedacht die eingesetzten Ressourcen, was zu einer erheblichen Belastung der Umwelt führt. — Die überstarke Umweltbelastung durch den Rüstungswettlauf der Weltmächte (Atomversuche usw.) bleibt dabei noch unberücksichtigt.

Paul R. Ehrlich und Anne H. Ehrlich haben mit dieser Analyse ein aufrüttelndes Buch geschrieben, das in der harten Präsentation der Fakten, in der Auswahl von eindrucksvollen Beispielen und in der — bewußt auf Konfrontation angelegten — Prägnanz der Sprache nicht ohne Wirkung bleiben kann; ein Beispiel für viele: „Das Raumschiff Erde ist heute bis zur Grenze seiner Aufnahmefähigkeit oder darüber hinaus besetzt . . . Dennoch zerstören die Passagiere der Ersten Klasse (die Industrieländer) gedankenlos die schon überforderten Versorgungssysteme . . .“ (5, S. 4).

### Die Forderungen des Club von Rom

In der Darstellung weniger dramatisch, doch in den Ergebnissen in etwa gleichlautend ist der Forschungsbericht des Massachusetts Institute of Technology (MIT), das auf Anregung des „Club of Rome“<sup>7</sup> und durch Finanzierung der „Stiftung Volkswagenwerk“ eine Studie über die „Grenzen des Wachstums“ 1972 vorlegte. Die Aussagen dieser Studie beruhen auf einem Weltmodell, das von J. W. Forrester aufgestellt und mit Informationen über das schnelle Bevölkerungswachstum, die besorgniserregende Unterernährung, die Ausbeutung der Rohstoffquellen, die steigende Industrialisierung und die Belastung der Umwelt „gefüttert“ wurde (2, S. 15); Systemanalyse

und Datenverarbeitung wurden eingesetzt, um die „Annahmen . . . in ihrer Bedeutung für das Gesamtverhalten des Weltsystems jeweils genau zu erfassen“. Folgende Aussagen werden gemacht (2, S. 17):

a) Wenn bei den obengenannten Determinanten (Bevölkerungswachstum, Nahrungsmittelversorgung, Rohstoffeinsatz usw.) keine Änderung in den Tendenzen eintritt, werden „die absoluten Wachstumsgrenzen auf der Erde im Laufe der nächsten hundert Jahre erreicht“. Eine von der Überlastung her erzwungene Abnahme der Bevölkerungszahl und des Produktionspotentials sind die Folge.

b) Begrenzung der Bevölkerungszunahme und der Wachstumssteigerung können einen „ökologischen und wirtschaftlichen Gleichgewichtszustand herbeiführen“, indem die „Lebensgrundlagen für jeden Menschen auf der Erde gesichert“ werden.

c) Schnelle Entschlüsse sind bei dieser Lebensfrage der Menschheit notwendig, um den „Übergang vom Wachstum zum Gleichgewicht“ möglichst bald zu erreichen. Eingriffsmöglichkeiten lassen sich anhand von „Regelkreisen“ eines Modells ermitteln; sie zeigen einmal die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Größen und Sektoren einer Wirtschaft auf, zum anderen demonstrieren sie Reaktionen, wenn an irgendwelcher Stelle des Gesamtsystems eine Änderung eintritt<sup>7a</sup>.

Das „Weltmodell“ des MIT/des „Club of Rome“ vermittelt neue Einsichten in einen schon längst bekannten Sachverhalt, indem Kausalbeziehungen quantifiziert ausgewiesen werden; der so oft zitierte „technische Fortschritt“ wird nicht als *eine* Größe, sondern differenziert den verschiedenen Bereichen des Modells (Bevölkerung, Nahrungsmittelproduktion, Rohstoffeinsatz usw.) zugeordnet. Der große Vorteil liegt vor allem in der Erkenntnis, daß technologische Fortschritte die Grenzen des exponentiellen Wachstums<sup>8</sup> in der gegenwärtigen Situation nur erheblich hinausschieben können.

### Gemeinsame Folgerungen

Nun werden Analysen von Situationen und Prozessen sowie Prognosen künftiger Entwicklungen nicht um ihrer selbst willen erstellt; sie werden bereits vor dem Hintergrund eines Programms, eines bestimmten wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Veränderungswillens vorgenommen; so auch bei Ehrlich (3) und bei Meadows (2). Welche Vorschläge werden in beiden Publikationen gemacht?

1. Die größte Bedrohung dieser Welt ist in der rapiden Bevölkerungsentwicklung zu sehen. Sie ist jedoch kaum vor der Jahrtausendwende in ein „Gleichgewicht“ zu bringen. Generativ anderes Verhalten der Menschen und die Verbesserung der Lebensverhältnisse setzen jedoch Wirtschaftswachstum voraus, das seinerseits Produktivkräfte und Umwelt beansprucht.

2. Die Zunahme des Kapitalstocks im Industrie- und Dienstleistungssektor, die einem stetigen Wirtschaftswachstum entspricht, verringert nichtregenerierbare Rohstoffreserven, steigert die Produktion und belastet die Umwelt.

3. Wenn von der Annahme ausgegangen wird, daß Bevölkerungszunahme und Wirtschaftswachstum (1 und 2) nicht eingeschränkt werden sollen, können auch noch so große technologische Fortschritte die Grenzen der Tragfähigkeit der Erde nicht „beiseite räumen“ (2, S. 131).

4. Wenn bei exponentiellem Wachstum (8) — mit Zeitverzögerung — der Zusammenbruch des derzeitigen Weltsystems durch technische Entwicklungen nicht aufgehalten werden kann, muß seine Begrenzung selbst zum Ansatzpunkt gewählt werden, um die „vorhandenen Hilfsquellen einem optimalen Bevölkerungsumfang“ zuzuordnen (5, S. 174).

5. Je länger Anpassungsvorgänge technischer und sozialer Art dauern, desto instabiler ist das Weltsystem oder desto mehr neigt es dazu, über die „gegebenen Grenzen hinauszuschießen“ (2, S. 134).

6. Technologische Fortschritte verdecken das Kernproblem, schieben die Grenze der Belastbarkeit etwas hinaus; sie kurieren am Symptom, ohne die eigentlichen Ursachen im Weltsystem selbst zu beseitigen. Das reicht jedoch nicht aus, um dem „Weltsystem“ zum Überleben zu verhelfen.

7. Darüber hinaus ist die Anwendung jedes technischen und technologischen Fortschritts vorher kritisch zu reflektieren. Es gibt unerwünschte soziale, ökonomische und physikalische Nebenwirkungen, die Spannungen verschärfen können. Daher ist zu fragen, welche Voraussetzungen und Konsequenzen sich im Zusammenhang mit der Anwendung neuer Techniken ergeben.

8. Die Änderung des Weltsystems muß daher darauf ausgerichtet sein, „optimale Bevölkerungszahlen und humanbiologisch befriedigende Verhältnisse“ zu schaffen; die Frage der „Qualität des Lebens ist mit der Quantität der Individuen verbunden“ (5, S. 262). Das Spannungsverhältnis „Menschen contra Erde“ (5, S. 262) kann jedoch nur dann in ein Gleichgewicht überführt werden, wenn auch die Rate des Wirtschaftswachstums in den Problemerkatalog einbezogen wird.

9. Ein solches neuartiges Vorgehen setzt voraus, daß in einer Gesellschaft ein andersartiges Werte- und Zielsystem (siehe unten) durchsetzbar ist, das zwar neuen technologischen Möglichkeiten angepaßt werden kann, nicht aber — als einmal vorgegeben — die technischen Entwicklungen lediglich instrumental einsetzt.

Das Fazit, das aus diesen Überlegungen für das politische Handeln zu ziehen ist, kann von den Autoren durchaus positiv ausgewiesen werden: „Die Schritte, die unternommen werden müssen, sind zwar neuartig für die menschliche Gesellschaft, aber sie liegen im Bereich ihrer Fähigkeiten“ (2, S. 164); „die wirkliche Lösung aber liegt allein in einem umwälzenden und schnellen Wandel der menschlichen Grundeinstellung in Fortpflanzung und Wirtschaftswachstum (5, S. 427).

Während das Autorenpaar Ehrlich sich in den Schlußfolgerungen an ein positives Programm vornehmlich und zuerst einmal an die USA wenden (5, S. 426), will die MIT-Studie die Weltverantwortung als Ganzes in dieser Frage stärken; der „Club von Rom“ hat die Ergebnisse bereits auf zwei internationalen Konferenzen (in Moskau und in Rio de Janeiro) zur Diskussion gestellt, um die politische Willensbildung mit zu beeinflussen.

## Die Diskussion von Stockholm

Diese Probleme sind — gut vier Wochen nach UNCTAD III in Santiago de Chile (vgl. HK, Juni 1972) — auch auf der Stockholmer Umweltkonferenz (3.—16. 6. 1972) ausführlich behandelt worden, wobei Umwelt- und

Entwicklungspolitik in einen konkreten Zusammenhang gebracht wurden<sup>9</sup>. Der Leiter des Sekretariats der Konferenz, der Kanadier *M. Strong*, hat dazu zum Auftakt der Versammlung festgestellt, es wäre notwendig, „eine Synthese zwischen Entwicklung und Wachstum einerseits und Umweltschutz andererseits zu finden“<sup>10</sup>. — Diese Feststellung deutet bereits die Konfliktsituation an, die bei der Behandlung dieser Problematik auftreten mußte:

a) Die Belastbarkeit von Bodenwasser und Luft stößt an Grenzen. Nach den vorliegenden Schätzungen ist z. B. diese Grenze bei der Biosphäre etwa zur Hälfte erreicht; bei „einer jährlichen Zunahme von 5% Umweltschädigung würde die Verdoppelungszeit 14, bei 3% etwa 23 Jahre betragen“<sup>11</sup> — die Toleranzgrenzen sind also gar nicht mehr so weit entfernt! Diese Umweltschäden werden praktisch ausschließlich von den Industrienationen verursacht. Die Entwicklungsländer befürchten nun, daß die von ihnen nachzuholende *Industrialisierung* durch die Rücksichtnahme auf die Grenzen der Umweltbelastung *erschwert* wird.

b) Wenn die Industrieländer „umweltbewußter“ werden, kann die Gefahr bestehen, daß sie damit *neue Handelsmauern* gegenüber den Importen aus der Dritten Welt aufbauen. Dieser neue Protektionismus der „Reichen“ könnte in verschiedener Weise motiviert werden; so u. a. der Gehalt an gesundheitsschädigenden Stoffen sowie die umweltbelastende Produktion von bestimmten Waren in Entwicklungsländern könnten eine Gefährdung der Menschheit bedeuten.

c) Umweltschutz erfordert in den Industrieländern eine *größere Präsenz des Staates im Wirtschaftsleben*; sie ist mit höheren Ausgaben der öffentlichen Haushalte verbunden. Damit besteht ein noch größerer Konflikt zwischen der Finanzierung „innerer Reformen“ in den Industrieländern und ihren Leistungen für die Entwicklungspolitik zugunsten der Dritten Welt.

In einer solchen Konfliktlage ist es nicht einfach, sich international auf gemeinsame Grundsätze festzulegen. Sie enthalten zuerst einmal die üblichen Postulate der „Rechte auf Freiheit und Menschenwürde“, die formal stark und daher schon oft verkündet, inhaltlich jedoch unbestimmt und unverbindlich sind. Umweltmängel werden außerdem als Kriterien der Unterentwicklung ausgewiesen; sie dienen damit dem verstärkten Anspruch auf wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die sowohl durch verstärkte Finanzhilfe durch die Industriestaaten als auch durch preislich bessere Bewertung der Rohstoffe unterstützt werden muß. Wenn durch Umweltschutz der Industriestaaten Minderungen der Devisenerlöse eintreten, sind Kompensationen zu leisten. (Diese Forderung lehnten die Industriestaaten ab, oder sie enthielten sich der Stimme.) Nur so können die Entwicklungsländer die „wirtschaftlichen Faktoren genauso berücksichtigen wie die ökologischen Zusammenhänge (Pkt. 10 der Resolution). Schließlich hat „die Umweltpolitik aller Staaten das derzeitige und zukünftige Entwicklungspotential der Entwicklungsländer zu fördern und nicht negativ zu beeinflussen“ (Pkt. 11).

Programme können in ihrem Inhalt nur „begriffen“ werden, wenn konkrete Planungen und Finanzierungen von Maßnahmen vorgelegt werden. Das vage formulierte und allgemein erhobene Postulat nach integrierter und koordinierter Planung wird mit dem Zusatz versehen,

daß die Vermeidung von Umweltschäden durch Bereitstellung von zusätzlichen Finanzmitteln und zusätzlicher technischer Hilfe erreicht werden soll; die Ausführungen des Weltbankpräsidenten, *R. S. McNamara*, machten anhand von konkreten Projektanalysen deutlich, daß die dadurch hervorgerufene Mehrbelastung sich in engen Grenzen hält (um 2%). — Bei der Finanzierung des Umweltschutzes kam es dann „zum Schwur“; angesichts der schon bestehenden Diskrepanz zwischen den großen Versprechungen der westlichen Industriestaaten auf den UNCTAD-Konferenzen und ihren real geringen Leistungen zugunsten der Entwicklungsländer war kaum eine großzügige Hilfe zu erwarten. Die Stockholm-Konferenz schlug die Einrichtung eines Umwelt-Fonds vor. In den ersten fünf Jahren soll sein Volumen insgesamt 100 Mill. US-\$ betragen. Damit können vielleicht noch Studien-, Beobachtungs- und Ausbildungsprogramme finanziert werden; für konkrete Maßnahmen in Entwicklungsländern selbst dürfte kaum etwas übrigbleiben. Finanzaufwendige Vorschläge, so etwa die Aufstockung der Finanzhilfe zur Kostenabdeckung des Umweltschutzes in Entwicklungsländern oder die Einrichtung eines „International Housing Fund“ zur Slum-Sanierung, wurden zwar mit Mehrheit durch die Stimmen der Entwicklungsländer angenommen, aber die wichtigsten Geberländer stimmten nicht zu. Empfehlungen dieser Art haben jedoch nur dann eine Chance auf Verwirklichung, wenn sie Ausdruck eines Minimalkonsenses aller Beteiligten und nicht nur Postulate einer Mehrheit der Empfängerstaaten sind.

Wenn Staaten auf internationaler Ebene zusammenkommen, sind sie sich in zwei Fragen stets schnell einig:

a) die Schaffung eines neuen internationalen Organs; im vorliegenden Falle wird der UN-Generalversammlung ein neues Organ zur Koordinierung vorgeschlagen, das jedoch keine eigenen Direktiven verabschieden kann.

b) die Betonung der Kompetenz der Einzelstaaten; auf der Stockholmer Konferenz wurde ausgeführt, sie seien „dafür verantwortlich, daß durch Tätigkeiten innerhalb ihres Hoheits- oder Kontrollbereichs der Umwelt in anderen Staaten oder Gebieten außerhalb ihres nationalen Zuständigkeitsbereiches kein Schaden zugefügt wird“ (Pkt. 21 der UN-Resolution).

Zwei Schlüsselprobleme des Umweltschutzes, so wie sie sich aus den Analysen (siehe: Meadows u. Ehrlich) ergaben, fanden auf der Stockholmer Konferenz allerdings nicht die gebührende Beachtung:

1. Der Begriff der „Ressourcen“ wurde auf der Tagung restriktiv verwendet, z. B. im genetisch-biologischen Sinne (Tier-, Pflanzenerhaltung usw.) verstanden, er wurde dagegen nicht im Hinblick auf die Erschöpfung der Vorräte „nichtregenerierender Rohstoffe“ interpretiert; gerade hier liegt jedoch eine Begrenzung der Tragfähigkeit unseres Erdballs.

2. Die Gefahr des unkontrollierbaren Bevölkerungswachstums wurde praktisch ausgeklammert. Es heißt lediglich: „Demographische Methoden, welche die fundamentalen Menschenrechte nicht beeinträchtigen und von den betreffenden Regierungen für zweckmäßig gehalten werden, sind... in entsprechenden Regionen... einzusetzen.“ (Pkt. 16 der UN-Resolution). — Dieses Problem wird daher wahrscheinlich auf einer eigenen UN-Konferenz behandelt werden.

Insgesamt betrachtet handelt es sich — trotz der stolzen Bilanz der Verabschiedung der Präambel mit 25 Grundprinzipien und von 106 Empfehlungen — um eine weitere Konflikthanreicherung des internationalen Dialogs zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Es ist einfacher, ein Emblem „Nur eine Erde“ für eine Konferenz zu entwerfen, als diesen Grundsatz bei den sehr verschiedenen Interessenlagen der Staaten in eine konkrete Politik umzusetzen.

## Versuch eines Fazits

Es kann nicht übersehen werden, daß sich bereits breitere Kreise der Öffentlichkeit für Umweltfragen interessieren und daß „Umweltschutz (zur) Politik (erhoben worden) ist“<sup>12</sup>. Bewußtsein der Öffentlichkeit und Deklamationen der Politik — das gilt national wie international — bedeuten jedoch noch keineswegs eine Abänderung eines Zustandes, der als unbefriedigend angesehen wird. Wer die Auseinandersetzungen um den Umweltschutz — ganz gleich auf welchen Ebenen — verfolgt, muß die verwendeten Begriffe und formulierten Ziele als unklar, die Ziel-Mittel-Überlegungen als in sich widersprüchig, die Ansatzpunkte der Maßnahmen als wenig konkret und die Gesamtdiskussion als diffus bezeichnen.

Es gibt verschiedene Gründe, die für die Erklärung dieser Sachverhalte herangezogen werden können:

### I. Die Problematik der vorliegenden Modelle

a) Die Diagnose der Globalmodelle und ihre Prognosen sind nicht unumstritten<sup>13</sup>. Trotz mannigfacher Einwendungen methodischer Art bleibt jedoch der Nachweis qualitativ bestehen, daß „Übervölkerung“ und „Überindustrialisierung“ in der absehbaren Zukunft Gefahren für das Überleben der Menschheit bedeuten<sup>14</sup>.

b) Die Verwertbarkeit der Thesen des ‚Club of Rome‘ und der Ergebnisse der MIT-Studie für die praktische Politik wird unterschiedlich beurteilt; dafür spricht z. B. die Feststellung: „Diese Art von politisch-naiver, vereinfachender Behandlung des Umweltproblems... wurde auf der Stockholm-Konferenz einmütig abgelehnt.“<sup>15</sup> Trotz einer solchen Reaktion bleibt unbestritten, daß für die Ansatzpunkte und die Richtung der Maßnahmen des Umweltschutzes solche Weltmodelle neue Einsichten liefern, selbst wenn nicht „alle Berechnungen des Club von Rom richtig sind“ (*E. Eppler*).

c) Die Umweltdiskussion hat die Wirtschaftstheorie und die theoretische Wirtschaftspolitik in ein ausgesprochenes Dilemma geführt. Zwar wird bereits bei den Vertretern des Liberalismus auf die Gefahren des Raubbaus hingewiesen, aber die kritische Feststellung bleibt doch bestehen, daß der „Markt keine Bewertungskriterien für Umweltfaktoren liefern kann“, daß die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung nur die „in Geldeinheit addierten Markttransaktionen erfaßt“ und damit nur höchst unvollkommene Unterlagen für wirtschaftspolitische Entscheidungen liefert. Kurz gesagt: Es fehlen Ansätze für die Zusammenschau in einem „interdisziplinären Systemdenken“, das auf einen ökonomisch-ökologischen Kreislauf abzielt<sup>16</sup>. — Der Vernachlässigung durch die Wirtschaftstheorie und -politik folgt nun in den „Weltmodellen“ die Dominanz der Naturwissenschaftler und Techniker; das aber erscheint genauso nachteilig wie der frühere Zustand.

d) Umweltschutz als konkrete Aufgabe wird in die abstrakte Zielsetzung der Verbesserung der Lebensqualität aufgenommen und oft mit ihr gleichgesetzt. — Nun wird kaum jemand diese Zusammenhänge leugnen. „Lebensqualität“ ist jedoch weit mehr. Sie fußt letztlich auf sozial- und wirtschaftsethischen Grundlagen; denn keine Wirtschaftsordnung wird bei einer Uninteressiertheit und bei einer „Grenzmoral“ der Mitglieder einer Gesellschaft überleben können. — Die Ausweitung von „Umweltschutz“ auf „Lebensqualität“ kann somit eine Belastung für die Lösung des anstehenden Problems sein.

e) Die Auseinandersetzung über die Beseitigung der sichtbaren Schäden unbegrenzter Industrialisierung wird oft mit der Frage nach der „besten Wirtschaftsordnung“ verbunden; so ein Ausspruch von S. L. Mansholt: „Wenn Sie glauben, man könne eine neue Lebensqualität durch den Kapitalismus erreichen, dessen Grundlage der Profit ist, dann ist das ein großer Irrtum.“<sup>17</sup> In diesem „Schlagabtausch“ der Politik werden (unzulässigerweise) Funktionsmängel eines *realen* Wirtschaftssystems zu *utopischen* Vorstellungen eines gesellschaftlichen Optimalzustandes in Beziehung gesetzt.

## II. Klärung der Begriffe und Ansatzpunkte

Rationales wirtschaftspolitisches Handeln setzt eine Klärung der Begriffe und der Ansatzpunkte der Maßnahmen voraus:

1. Die immerhin noch faßbaren Vorstellungen eines Umweltschutzes werden dem Begriff der „Qualität des Lebens“ gleichgestellt. Eine solche Vermischung der Begriffe, wobei z. B. in internationalen Gremien die Verdammung der „Apartheid“ und in nationalstaatlichen Kongressen die „betriebliche Mitbestimmung“ durch die „Hintertür der Qualität des Lebens“ in die Umweltdiskussion eingeführt werden, erschwert nur konkrete politische Entscheidungen; denn a) Qualität des Lebens ist nicht zu definieren; jeder bejaht diese Forderung — und interpretiert sie in seinem eigennützigen Sinne. b) Es gibt keine — im Sinne der Wohlfahrtsökonomie — objektivierbare gesellschaftliche Wohlfahrtsfunktion<sup>18</sup>, weil interpersonale Nutzungsvergleiche subjektiv sind.

2. Wer die bisherige *Grundsatzdiskussion* verfolgt, muß „Mythen rundherum um die Modelle des Club von Rom“<sup>19</sup> feststellen und den Eindruck gewinnen, es handle sich hier um ein völlig neuerschlossenes Gebiet kritischer Reflexion der Grenzen unseres Wirtschaftswachstums; in Wirklichkeit handelt es sich um eine alte Fragestellung der theoretischen Wirtschaftspolitik nach dem „sozialen Optimum“, und diese ist historisch — wie K. E. Boulding bemerkt<sup>20</sup> — gar nicht so leicht abzugrenzen; zumindest beginnt sie 1912 mit dem Buch von A. C. Pigou<sup>21</sup>, und sie ist in den folgenden Jahrzehnten — wahrscheinlich unbemerkt von der „Großen Politik unserer Tage“ — zu einer brauchbaren Beurteilungs- und Entscheidungsgrundlage ausgebaut worden. Kurz gesagt: Volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Kosten, wie etwa Umweltschäden, sind Überwälzungen von (vermeidbaren) betrieblichen Aufwendungen auf die Allgemeinheit, die z. T. erst mit zeitlicher Verzögerung erkennbar werden; für die Wirtschaftspolitik wichtig ist, wer sie verursacht und wer sie trägt, und ob ihre Beseitigung von den Verursachern oder vom Staat (unter Umständen von anderen Staaten) bezahlt werden soll. Dabei

kann nur von konkret eingetretenen Schäden oder ihrer Verhinderung ausgegangen werden; Optimalsituationen für einen Nationalstaat oder für eine Weltgesellschaft zu postulieren ist utopisch und führt zu willkürlichen Entscheidungen in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

3. Für viele ist die Verhinderung von Umweltschäden mit der Frage verbunden, ob die *marktwirtschaftliche Ordnung* überhaupt in der Lage ist, die „günstigsten Lebensbedingungen für die Menschheit zu erreichen“<sup>22</sup>. Wer so argumentiert, übersieht einen entscheidenden Sachverhalt: Sowohl sozialistische<sup>23</sup> als marktwirtschaftliche Lenkungssysteme und Wirtschaftsordnungen verursachen in gleicher Weise volkswirtschaftliche Kosten in Form von Umweltschäden. In *beiden* Wirtschaftsordnungen liegt demnach das Dilemma vor, daß die „Rechenhaftigkeit“, d. h., inwieweit die Preise den gesellschaftlichen Kosten entsprechen, höchst unvollkommen ist. Es ist die Aufgabe der Wirtschaftspolitik, die Funktionsmängel *unserer* Wirtschaftsordnung in bezug auf die Umweltschäden — national und international — zu beseitigen, d. h. die entsprechenden Rahmenbedingungen durch den Staat zu setzen, damit privatwirtschaftliche Entscheidungen mit gesamtgesellschaftlichen Erfordernissen in Einklang gebracht werden. Die Verteufelung des privatwirtschaftlichen Profits hilft in dieser Frage nicht weiter, solange „undefinierbare gesellschaftliche Wohlfahrtsfunktionen“ und optimale Einkommensverteilung in freiheitlichen Gesellschaften für die praktische Wirtschaftspolitik nicht operational sind. — „Was tun wir damit?“ fragt eine angesehene niederländische Zeitschrift angesichts *solcher* Reaktionen der Politiker auf die Vorschläge des „Club von Rom“<sup>24</sup>.

## III. Mögliche Alternativen

Weder undefinierbare gesellschaftliche Wohlfahrtsfunktionen sozialistischen Typs noch „naive Wohlstandsvorstellungen“ des klassischen Liberalismus, wonach die Summe der Einzeleinkommen Ausdruck des Gemeinwohls sind, können die aufgeworfenen Fragen des Umweltschutzes in der Praxis befriedigend lösen.

1. Bei der Ausgestaltung der „gemischten Wirtschaftsordnungen“, in denen die Unvollkommenheiten privater Planungen durch die Präsenz des Staates kompensiert werden, ist auch dem Umweltschutz Rechnung zu tragen. Dabei können volkswirtschaftliche Kosten jedoch sowohl „Objekt“ (im Sinne der privatwirtschaftlichen Zurechnung bei den Verursachern) als auch „Instrument“ (Hinnahme zur Erzielung größeren Wirtschaftswachstums) der Wirtschaftspolitik sein<sup>25</sup>. Entwicklungsländer mit niedrigem Niveau der Wirtschaftstätigkeit werden sich wirtschaftspolitisch u. U. anders verhalten als reiche Industriestaaten. Es bleibt ihnen gar kein anderer Weg, als die Zielsetzung „Wirtschaftswachstum“ eindeutig zu bevorzugen.

2. Je mehr es gelingt, die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft zu verbessern und ihre „unbezahlten Rechnungen“<sup>26</sup> durch eine bessere „Rechenhaftigkeit“ innerhalb des Systems zu begleichen, desto stärker kann der staatliche Haushalt entlastet werden. Nur derjenige, der von Lernprozessen innerhalb des marktwirtschaftlichen Systems nichts hält, kann die Lösung des Umweltproblems im einseitigen Anstieg öffentlicher Ausgaben sehen. Auch im Umweltschutz gilt, daß es Reformen gibt, die den Staat

„nichts kosten“, weil sie beim Denken in Ordnungen ansetzen. Isolierte Eingriffe, die an Symptomen ansetzen und die ohne Berücksichtigung der Zusammenhänge innerhalb des jeweiligen Lenkungssystems und der Wirtschaftsordnung erfolgen, lösen das Problem nicht.

3. Maßnahmen über Umweltschutz teilen mit denjenigen der Infrastruktur das gleiche Dilemma, daß sie zu spät und meist nicht im notwendigen Umfange getroffen werden. Bei allen längerfristigen Bedrohungen oder Erfordernissen neigt das marktwirtschaftliche System dazu, lediglich mit *kleinen* Verbesserungen (inkremental) zu antworten; sie sind Ausdruck eines Minimalkonsenses bei unterschiedlichen Interessenlagen und Einschätzungen in unserer pluralistischen Gesellschaft. Erst bei *größeren* Belastungen wird das System, um überleben zu können, seine *Rahmenbedingungen* ändern<sup>27</sup>. Umweltschutz erfordert letzteres; und die früher genannte Wohlfahrtsökonomie bietet zwar keine Möglichkeit, eine optimale gesellschaftliche Lage zu finden, aber sie ist eine brauchbare Grundlage, um in einer Gesellschaft mehr Übereinstimmung in diesen Grundfragen zu erreichen, wenn Normen für die Beseitigung von Schäden aufgestellt werden.

#### IV. Entscheidungen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

Die Frage des Umweltschutzes und der Verbesserung der Qualität des Lebens wird kaum eine gute Basis für den „großen Wurf“ einer Gesellschaftspolitik abgeben, und sie eignet sich auch wenig, wesentliche Beiträge zu einer „Weltinnenpolitik“ zu leisten.

1. Wenn Hunger und Armut in der Welt, die für die Weltöffentlichkeit sichtbar sind, zu keiner größeren Solidarität in der Entwicklungspolitik geführt haben, dann ist sie auch kaum vom weniger greifbaren Umweltschutz zu erwarten.

2. Damit bleibt es beim bescheidenen, aber konkreten Ansatzpunkt in diesem Felde der Wirtschaftspolitik:

a) Eine Gesellschaft muß sich über die Normen einigen, was als Umweltbelastung noch tragbar ist und was nicht, und diese bestimmen die Maßnahmen.

b) Jedes Projekt der Entwicklungshilfe kann vor der Ausführung auf seine „Umweltfreundlichkeit“ hin untersucht werden. Wenn Toleranzgrenzen des Umweltschutzes überschritten werden, ist zu überlegen, es einzustellen oder mit Mehraufwendungen durchzuführen<sup>28</sup>. Umweltschutz versus sozialökonomische Entwicklung und Wirtschaftswachstum wird damit auch in der Dritten Welt zum Gegenstand einer politischen Entscheidung.

3. Ein internationales Vorgehen ist notwendig (auch im Hinblick auf die Festlegung von Normen), um andere Staaten nicht mit den Umweltschäden der eigenen Produktion zu belasten und um Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Ländern zu vermeiden.

4. Die Grundprinzipien, wie sie etwa in der UN-Resolution der Stockholmer Konferenz geäußert wurden, sind innerhalb einer internationalen Rechts- und Wirtschaftsordnung auszuformen, deren Normen faßbar und kontrollierbar sind.

#### V. Nichtüberwundene Bewußtseinsmängel

Vor dem Hintergrund der großangelegten Analysen (2 u. 5) der Umweltbelastung in der Zukunft und der vielfältigen

und generellen Forderungen auf der UN-Konferenz in Stockholm mögen die bisherigen Überlegungen der nationalen Wirtschafts- und internationalen Entwicklungspolitik bescheiden erscheinen. Das mag zutreffen, jedoch sind sie realitätsbezogen und praktikabel. Wer mit der Generalformel „Qualität des Lebens“ auch die Umweltprobleme mitlösen will, läuft Gefahr, den „Fetisch Wirtschaftswachstum“ durch die „Utopie des sozialen Optimums“ zu ersetzen. Damit ist keinem gedient, weil auch die Ansatzpunkte der Wirtschaftspolitik damit unzulässig verschoben werden.

Eines ist allerdings wichtig: Die breite Öffentlichkeit muß mehr als bisher „umweltbewußt“ gemacht werden, wenn selbst diese obengenannten bescheidenen Maßnahmen eingeleitet werden sollen. Die Demoskopie hat ermittelt<sup>29</sup>, daß Ende 1971 doppelt so viele Menschen (92%) vom Umweltschutz gehört hatten als ein Jahr zuvor. Ob sie sich dieser Problematik allerdings *bewußt* sind, steht auf einem anderen Blatt: Ende Juli ging in Stuttgart die Ausstellung „Umwelt '72“ zu Ende. Wegen von geringer Besucherzahl schloß sie mit erheblichem finanziellem Defizit ab. Sollte — auf der Suche nach den Gründen für ihren Mißerfolg — nicht auch gefragt werden, ob auf dieser Ausstellung über den Umweltschutz die *Mindestnormen* einer „Qualität des Lebens“, die der Bundesbürger nun einmal mit dem Freizeitwert einer solchen Veranstaltung verbindet, nicht erfüllt waren?

<sup>1</sup> Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Internationale Entwicklungsstrategie für das Zweite Entwicklungsjahrzehnt der Vereinten Nationen (verabschiedet: 24. 10. 1970), Bonn 1971, S. 7—31. „Qualitative und strukturelle Veränderungen in der Gesellschaft und rasches Wirtschaftswachstum müssen Hand in Hand gehen“, ... es ist, „für Umweltschutz zu sorgen“ (S. 11).

<sup>2</sup> Meadows, D. L. Meadows, The Limits of Growth, New York 1972. — Deutsche Übersetzung: D. L. Meadows, D. Meadows, E. Zahn, P. Milling, Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. DVA, Stuttgart 1972.

<sup>3</sup> Ehrlich, P. R., New Scientist, London, Februar 1968; siehe auch: Auszug im „Spiegel“, 10/1968, S. 100.

<sup>4</sup> Malthus, Th. R., An Essay on the Principle of Population, London 1798.

<sup>5</sup> P. R. Ehrlich / A. H. Ehrlich, Population, Resources, Environment; Issues in Human Ecology, San Francisco/London 1970. deutsch: Bevölkerungswachstum und Umweltkrise, Fischer, Frankfurt 1972.

<sup>6</sup> Eppler, E., Die Qualität des Lebens. Rede auf der 4. Internationalen Arbeitstagung der Industriegewerkschaft Metall. 11. 4. 1972 in Oberhausen (Ruhr). Manuskript. S. 3.

<sup>7</sup> Der „Club of Rome“ wurde 1968 von etwa 70 Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen, Industriellen usw. in der Accademia dei Lincei, Rom, gegründet, um „The Predicament of Mankind“ (Die mißliche Lage der Menschheit) zu analysieren und entsprechende Entscheidungsgrundlagen für die Politiker zu erarbeiten.

<sup>8</sup> „Ein Modell ist nichts weiter als eine möglichst systematische Reihe möglichst realer Annahmen über ein wirkendes System...“ (2, S. 14). In den „Regelkreisen“ werden die gegenseitigen Beziehungen zwischen Bevölkerung und Kapitaleinsatz (mit dem Produktionsergebnis) unter Berücksichtigung von Landwirtschaft, Rohstoffen usw. ausgewiesen.

<sup>9</sup> Dabei nimmt das Wachstum in gleichen Zeiträumen „um einen bestimmten Prozentsatz der jeweils vorigen Größe zu“ (2, S. 19).

<sup>10</sup> Umwelt- und Entwicklungspolitik. Materialien Nr. 33. Entwicklungspolitik. E. Eppler, Politische Aspekte von Entwicklung und Umweltschutz; E. Hagolani, Umwelt und Entwicklung. Arbeitspapier der interministeriellen Arbeitsgruppe für die UN-Umweltkonferenz, Bonn, Juni 1972.

<sup>11</sup> Neue Zürcher Zeitung, 7. 6. 1972.

<sup>12</sup> Rausch, H., Die Dritte Welt und die Postulate des Umweltschutzes, in: Neue Zürcher Zeitung, 23. 7. 72, S. 33.

<sup>13</sup> Gennrich, Ch., Umweltschutz ist Politik. In: Frankfurter Allgemeine, 23. 6. 72.

<sup>14</sup> Van der Grinten, P. M. E. M., u. De Jong, P. J., Wereld-dynamica gezien vanuit de systeem- en regeltechniek. In: Chemisch Weekblad, 10. 3. 72.

<sup>15</sup> Hartog, J. A., De theoretische economie en de Club van Rome. In: Economisch-Statistische Berichten. Rotterdam, 19. 7. 1972, S. 691.

<sup>16</sup> Menke-Glückert, P., Die Chinesen waren die Stars, Die Zeit, 30. 6. 72.

<sup>17</sup> Herausforderung der Nationalökonomie durch die Umweltkrise. In: Neue Zürcher Zeitung, 7. 6. 72 (Vorträge von K. W. Kapp, M. Baltensberger, R. L. Frey).

<sup>17</sup> Mansholt, S. L., Zitat im Vorwärts, 13. 7. 72. Siehe auch: Europäische Gemeinschaft, Bonn 1972, S. 6.

<sup>18</sup> Eine „Wohlfahrtsfunktion“ ist ein Wertmaßstab, der eine eindeutige Rangfolge der Einzelziele in einer Gesellschaft festlegt.

<sup>19</sup> Muller, F., Mythen rondom de modellen van Forrester en de Club van Rome. In: Economisch-Statistische Berichten. Rotterdam, 12. 4. 72. S. 356. — In den Literaturangaben dieses Beitrages finden sich weitere Hinweise kritischer Bemerkungen zu (2).

<sup>20</sup> Boulding, K. E., Einführung in die Wohlfahrtsökonomik. In: Grundlagen der Wirtschaftspolitik. Köln 1966, S. 77.

<sup>21</sup> Pigou, A. C., Wealth and Welfare. London 1912.

<sup>22</sup> S. L. Mansholt spricht z. B. der freien Marktwirtschaft diese Möglichkeit ab; siehe: AP-Meldung. Badische Zeitung vom 26. 7. 72.

<sup>23</sup> Es entfallen im sozialistischen Typ lediglich die sozialen Kosten, die vom Privateigentum ausgehen können; dafür treten solche des Kollektiveigentums auf.

<sup>24</sup> Wat doen we ermee? In: Economisch-Statistische Berichten. Rotterdam, 22. 3. 72, S. 277.

<sup>25</sup> „Objekt“ heißt: Die von einzelnen Betrieben und Haushaltungen

verursachten Umweltschäden werden diesen kostenmäßig angelastet; die dazu notwendigen technischen Voraussetzungen werden durch Forschungen ermöglicht (ein Teil der Maßnahmen in der BRD sind diesem Bereich zuzuordnen).

„Instrument“ heißt: Soziale Kosten werden eingesetzt, um eine Erhöhung der Einkommen, eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit oder der Einkommensverteilung zu erreichen. Das jeweilige Vorgehen hängt von den Zielsetzungen in einer Gesellschaft ab.

<sup>26</sup> Kapp, K. W., Sozial-Kosten. In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften. Göttingen 1966, Bd. 9, S. 524.

<sup>27</sup> Etzioni, A., Elemente einer Makrosoziologie. In: Theorien des sozialen Wandels. Hrsg. W. Zapf, Köln 1972, S. 147.

<sup>28</sup> Die Erfahrungen mit der sog. Sozialstrukturhilfe und den Verbundprojekten der Entwicklungspolitik zeigen, daß eine solche Projektplanung außerordentlich hohe Anforderungen stellt. Da es sich beim Umweltschutz weitgehend um technische Überlegungen handelt, dürften Erfolge sicherer als bei der Sozialstrukturhilfe sein.

<sup>29</sup> Institut für Angewandte Sozialwissenschaft, Bad Godesberg, Dezember 1971.

## Der Problembereich

Paul Becher

# Alternativen in der Eigentumspolitik

## Zur vermögenspolitischen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik

Im vergangenen Jahr hat die „Schutzgemeinschaft der deutschen Sparer“ Ergebnisse einer *Meinungsumfrage unter den verschiedenen Gruppen* der deutschen Erwerbsbevölkerung veröffentlicht, die sich mit der Einstellung gegenüber einer Politik der Geldwertstabilität befaßte. Diese Ergebnisse brachten für manche sicherlich überraschend die Auffassung der überwältigenden Mehrheit der Befragten zum Ausdruck, daß sie um der Sicherung der Kaufkraft und ihrer Vermögenswerte willen auf die in den letzten Jahren üblichen Zuwachsraten der Einkommen verzichten würden. Würde eine ähnliche Umfrage die Meinungen über zentrale Probleme der Vermögenspolitik zu testen versuchen, wären mit großer Wahrscheinlichkeit die genannten Themen: Werterhaltung des angesparten Vermögens, Maßnahmen zur Eindämmung der überproportional ansteigenden Baupreise, Herbeiführung einer gerechteren Situation auf dem Bodenmarkt.

### Thesen des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

Um so erstaunlicher wird es daher manchem vorkommen, daß eine Ende Juni dieses Jahres vom *Beirat für politische Fragen des Zentralkomitees der deutschen Katholiken* veröffentlichte „Erklärung zur Eigentumspolitik“ (vgl. den Wortlaut in HK, August 1972, 393f.) weder die Frage der Geldwertstabilität noch die Verbesserung und Harmonisierung der Sparförderung oder die Problematik des Bodeneigentums und der Wohnungspolitik in den Mittelpunkt der Ausführungen rückt. Diese Themen werden allerdings kurz angesprochen. Dann aber vermerkt die Erklärung ausdrücklich, daß sie sich mit Absicht den genannten schwerwiegenden Problemen der Vermögenspolitik nicht zuwendet. Vielmehr widmet sie sich ausschließlich der ordnungspolitischen Bedeutung desjenigen Vermögens, das als Privateigentum an Produktionsmitteln in Industrie, Handel und Gewerbe tätig ist.

Die Mitglieder des Beirats, der sich aus Politikern, Sozial- und Rechtswissenschaftlern, Unternehmern und Arbeit-

nehmern zusammensetzt, wollen damit ihrer Sorge Ausdruck geben, daß wegen der im Vordergrund stehenden Auseinandersetzungen um die Werterhaltung des gebildeten Vermögens die wichtigere Frage nach der eigentlichen Zielsetzung der Eigentums- und Vermögenspolitik übersehen wird. Die in den letzten Monaten verstärkte einsetzende Aktivität engagierter gesellschaftlicher Gruppen zeigt aber, daß die Eigentums- und Vermögenspolitik zum Instrument bestimmter gesellschaftspolitischer Zielvorstellungen gemacht werden soll. Der Beirat sieht hierin eine Herausforderung, weil damit die Weichen nicht nur in vermögenspolitischer Hinsicht, sondern gerade auch in bezug auf die Grundordnung von Gesellschaft und Wirtschaft neu gestellt werden sollen. Überspitzt läßt sich sagen, daß gerade die vermögenspolitischen Erfolge dazu beigetragen haben, das Interesse weiter Bevölkerungsgruppen an den grundsätzlichen Fragen zu schwächen.

Kurz zusammengefaßt, sind die Ausgangsthese des Beirates diese:

— Die bisherige *Politik der Sparförderung und der Gewährung vermögenswirksamer Leistungen* hat die sog. *Geldvermögensbildung in großem Umfang ausgeweitet*. Das führte mit anderen Faktoren zu einer Vermehrung des Fremdkapitals in der Wirtschaft und wurde damit zu einer der Ursachen der Eigentumskonzentration im Bereich der privaten Erwerbsvermögen. Entsprechend ging die Eigenkapitalversorgung der Unternehmen zurück.

— *Diese Entwicklung entspricht nicht der ursprünglichen Zielsetzung der Eigentums- und Vermögenspolitik*, die eine gleichmäßigere Verteilung des zuwachsenden Vermögens und dabei auch insbesondere die unmittelbare, personenbezogene Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital der Wirtschaft anstrebte.

— *Gegen die Realisierung dieses Kernstücks des bisherigen vermögenspolitischen Programms regen sich immer stärkere Widerstände*. Sie kommen sowohl von Praktikern aus Unternehmer- und Gewerkschaftskreisen als auch von Gruppen, deren grundsätzliche gesellschaftspolitische Po-